ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Berlemann, Michael; Enkelmann, Sören

Article

Die „German Angst“ – Inflationsaversion in Ost- und Westdeutschland

ifo Dresden berichtet

Provided in Cooperation with:
Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Berlemann, Michael; Enkelmann, Sören (2013) : Die „German Angst“ – Inflationsaversion in Ost- und Westdeutschland, ifo Dresden berichtet, ISSN 0945-5922, ifo Institut, Niederlassung Dresden, Dresden, Vol. 20, Iss. 2, pp. 3-9

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/170027

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Die „German Angst“ – Inflationsaversion in Ost- und Westdeutschland

Michael Berlemann und Sören Enkelmann*

Im Jahr 2012 stiegen die Verbraucherpreise in Deutschland um 2,1 %. 2011 lag die Inflationsrate bei 2,3 % und davor bei 1,2 %. Keine besonders erschreckenden Werte. Insgesamt sind die Preise seit der Wiedervereinigung im Durchschnitt um 2,0 % und seit der Euro-Einführung sogar nur um 1,6 % gestiegen. Abgesehen von wenigen Ausnahmen kann sich der Deutsche daher über mangelnde Preisstabilität kaum beklagen.

Die öffentliche Debatte über mögliche Inflationsgefahren, die vor dem Hintergrund der europäischen Schulden- und Finanzkrise entstanden ist, spiegelt jedoch das besondere Verhältnis der Deutschen zur Inflation wider. Die Medien sprechen von der „German Angst“. Sowohl die Erfahrungen der frühen 20er Jahre des letzten Jahrhunderts als auch die Währungsreformen nach dem Zweiten Weltkrieg haben sich tief ins kollektive Gedächtnis der Bevölkerung eingebrannt. Es ist daher auch nicht verwunderlich, dass der unbegrenzte Ankauf von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank (EZB) Inflationsängste schürt oder deutsche Politiker das Ziel der Geldwertstabilität im Grundgesetz verankern wollen.

Wie wichtig sind den Deutschen stabile Preise?

Im Rahmen der Eurobarometer-Befragung, einer Umfrage im Auftrag der Europäischen Kommission, werden seit 1973 halbjährlich Informationen über die Meinungen und politischen Einstellungen der EU-Bürger erhoben. In Deutschland werden in jüngeren Umfragen in der Regel zwischen 1.500 und 2.000 Personen pro Welle befragt, sodass sich ein repräsentatives Meinungsbild ergibt.

Um die gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Prioritäten der Bürger abschätzen zu können, wird seit 2002 die folgende Frage gestellt: Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen Deutschland derzeit gegenübersteht? Die Befragten können aus einem festen Katalog auswählen, der unter anderem die wirtschaftliche Lage, steigende Preise/Inflation, Steuern und Arbeitslosigkeit als Antwortmöglichkeiten umfasst.[1] Da lediglich zwei der möglichen Kategorien gewählt werden können, lassen sich aus den Antworten Rückschlüsse über die relative Wichtigkeit der Bereiche ziehen. Personen, die steigende Preise bzw. Inflation als eines der beiden wichtigsten Probleme nennen, sind offensichtlich stärker um die Geldwertstabilität besorgt als jene, die beispielsweise Steuern und Arbeitslosigkeit wählen.

Die meistgenannten Probleme der Deutschen sind Arbeitslosigkeit und die allgemeine Wirtschaftslage. Zwischen 2002 und 2009 haben mehr als 75 % aller Befragten mindestens eine dieser Kategorien gewählt. Angesichts der schlechten Arbeitsmarktbedingungen – die Arbeitslosenquote bewegte sich in dieser Periode zwischenzeitlich im zweistelligen Bereich – ist dieses Ergebnis aber nachvollziehbar.

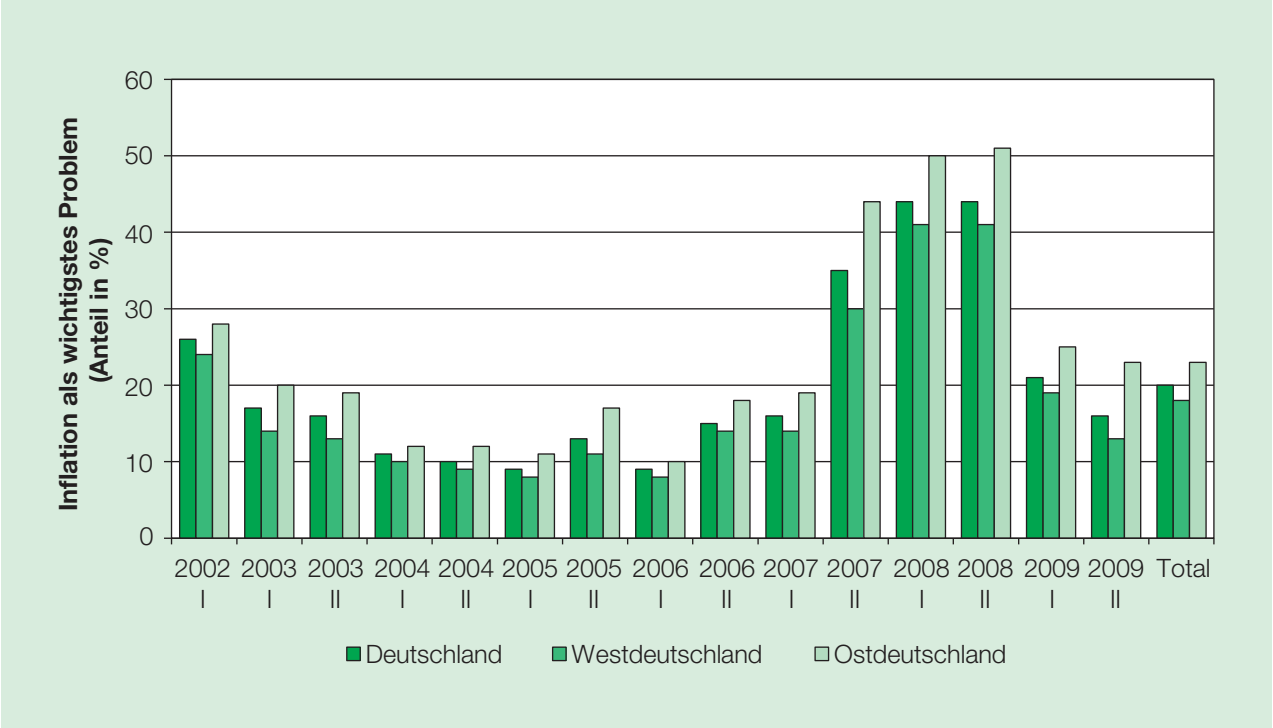
Erstaunlicher ist es, dass 20 % der Befragten, also jeder Fünfte, steigende Preise als eines der beiden wichtigsten Probleme in Deutschland nennt. Inflation ist damit nach hoher Arbeitslosigkeit und der allgemeinen Wirtschaftslage das dritthäufigst genannte Problem. Die Stabilität der Währung besorgt die Deutschen weitaus stärker als beispielsweise die Themen Bildung (11 %), Immigration (6 %) und Umwelt (3 %). Dies ist vor dem Hintergrund der über den Vergleichszeitraum geringen Inflationsrate durchaus beachtlich.

Inflation wird jedoch nicht von allen Deutschen gleichermaßen als Problem wahrgenommen. Bei Betrachtung der Ergebnisse für einzelne Bundesländer fällt auf, dass die Angst vor steigenden Preisen insbesondere in Ostdeutschland weit verbreitet ist. Während in Bremen oder Hessen nur jeder siebte Befragte Inflation als Problem nennt, sind es in Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern über 25 %. Insgesamt werden Inflation und steigende Preise in den neuen Bundesländern von 23 % aller Befragten als wichtiges Problem eingestuft; in Westdeutschland sind es lediglich 18 % (vgl. Abb. 1).

Abbildung 1 stellt die Ergebnisse der Eurobarometer-Umfrage zusammenfassend dar. Die Zahlenwerte zeigen an, wie viel Prozent der Befragten in jeder Welle steigende Preise als wichtiges Problem genannt haben. Die Darstellung macht auch noch einmal die Tatsache deutlich, dass die Befragten in den neuen Bundesländern ein größeres Maß an Inflationsaversion aufweisen als die Befragten in Westdeutschland. Die Differenz zwischen dem Anteil in Ost- und Westdeutschland ist stets positiv und beträgt bis zu 14 Prozentpunkte.

* *Prof. Michael Berlemann ist Inhaber des Lehrstuhls für Politische Ökonomik und Empirische Wirtschaftsforschung an der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg (HSU). Dipl.-Volkswirt Sören Enkelmann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Leuphana Universität in Lüneburg.*

Abbildung 1: Inflationsaversion in Ost- und Westdeutschland



Quellen: Eurobarometer, eigene Berechnungen und Darstellung.

Haben Ostdeutsche wirklich eine andere Einstellung zur Inflation?

Sowohl Abbildung 1 als auch die obige Diskussion um die hohen Arbeitslosenquoten legen nahe, dass das Antwortverhalten der Befragten stark von der jeweiligen konjunkturellen Lage abhängig ist. Da sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Ost- und Westdeutschland sehr unterschiedlich darstellen, stellt sich daher die Frage, ob sich das Antwortverhalten von Ost- und Westdeutschen auch dann unterscheiden würde, wenn die Befragten mit dem gleichen makroökonomischen Umfeld konfrontiert wären. Wir wollen also klären, ob die Differenzen lediglich auf die unterschiedliche Wirtschaftslage zurückzuführen sind, oder ob Ostdeutsche tatsächlich eine systematisch andere Einstellung zur Inflation haben als Westdeutsche.

Um diese Frage zu beantworten, verwenden wir das logistische Regressionsverfahren.[2] Mit Hilfe dieser Methode können wir abschätzen, welchen Einfluss verschiedene Faktoren auf die Wahrscheinlichkeit haben, dass Inflation von einem hypothetischen Befragten als wichtiges Problem genannt wird. Die Einflussfaktoren, die uns in diesem ersten Schritt interessieren, sind die Herkunft (Ost/West) sowie das makroökonomische Umfeld, das wir durch die regionale Arbeitslosenquote und Inflationsrate abbilden. Die Ergebnisse der logistischen Regression sind in Tabelle 1 dargestellt.

Obwohl die Koeffizienten eines logistischen Regressionsmodells nicht einfach interpretierbar sind, können wir dennoch Aussagen über die Richtung und statistische Signifikanz der einzelnen Variablen treffen. Die erste Spalte (*Modell 1*) bestätigt, was wir in den deskriptiven Daten bereits gefunden haben. Der positive Koeffizient zeigt an, dass Befragte in Ostdeutschland eine höhere Wahrscheinlichkeit haben, Inflation als wichtiges Problem zu nennen. Das Ergebnis ist statistisch hoch signifikant, d. h. die Daten liefern belastbare Evidenz für einen Unterschied im Antwortverhalten.

In der nächsten Spalte (*Modell 2*) wird nun das wirtschaftliche Umfeld in Ost- und Westdeutschland explizit berücksichtigt. Es zeigt sich, dass die Wahrscheinlichkeit, Inflation als wichtiges Problem zu nennen, positiv von der tatsächlichen Inflationsrate und negativ von der Arbeitslosenquote abhängen. Das Ergebnis ist hoch signifikant und die Vorzeichen entsprechen unseren Erwartungen. Dennoch zeigt sich, dass Ostdeutsche eine signifikant höhere Wahrscheinlichkeit aufweisen, Inflation zu nennen. Die Wirtschaftslage hat zwar einen Einfluss auf das Antwortverhalten, kann aber nicht die unterschiedlichen Inflationspräferenzen zwischen Ost- und Westdeutschen erklären.

In der letzten Spalte von Tabelle 1 gehen wir zusätzlich der Frage nach, ob die aktuelle(n) Wirtschaftskrise(n) einen Einfluss auf das Schätzergebnis haben (*Modell 3*). Wir ergänzen das bisherige Schätzmodell um eine Dummy-

Tabelle 1: Einfluss der Wirtschaftslage auf das Antwortverhalten

Variable	Modell 1	Modell 2	Modell 3
Ostdeutschland	0,315***	2,521***	1,823***
Arbeitslosenquote	–	–0,261***	–0,175***
Inflationsrate	–	0,261***	0,381***
Schuldenkrise	–	–	0,510**

Logistische Regression. Beobachtungen: 21.714. Konstante enthalten, aber nicht dargestellt. Erklärende Variable ist eine Dummy-Variable, die anzeigt, ob der Befragte Inflation als wichtiges Problem genannt hat (Dummy = 1) oder nicht (Dummy = 0). *** (**, *) zeigen statistische Signifikanz auf dem 1% (5%, 10%) Niveau an.

Quelle: Eigene Berechnungen.

Variable, die für alle Befragungswellen, die ab 2008 durchgeführt wurden, einen Wert von eins annimmt.[3] Die Ergebnisse zeigen, dass die Wahrscheinlichkeit, Inflation als Problem zu nennen, in den Krisenjahren signifikant höher ist. Dies deckt sich mit den deskriptiven Daten aus Tabelle 1 und kann mit der expansiven Geldpolitik der großen Zentralbanken und den dadurch gestiegenen Inflationserwartungen erklärt werden. Die Ergebnisse für die anderen Variablen bleiben davon jedoch unberührt.

Die Rolle von soziodemographischen Faktoren

Die bisherigen Ergebnisse deuten darauf hin, dass Inflationsängste in Ostdeutschland tatsächlich stärker ausgeprägt sind als in Westdeutschland, selbst wenn die unterschiedliche Wirtschaftslage berücksichtigt wird. Es ist jedoch denkbar, dass sich die beiden Bevölkerungsgruppen in anderen Aspekten unterscheiden, die das abweichende Antwortverhalten unter Umständen erklären können.

Die bisherige Literatur hat gezeigt, dass soziodemographische Faktoren, wie zum Beispiel das Alter, das Geschlecht, der Bildungsgrad, das Einkommen oder die politische Gesinnung, einen Einfluss auf die Inflationseinstellungen der Befragten haben können [Scheve (2004), Jayadev (2006)]. Die bisherigen empirischen Ergebnisse sind allerdings nicht eindeutig und variieren je nach untersuchtem Land oder Betrachtungszeitraum.

Um zu klären, inwieweit individuelle Eigenschaften der Befragten das Antwortverhalten beeinflussen, erweitern wir das bisherige Modell um einige potenzielle Einflussfaktoren. Im Rahmen der Eurobarometer-Umfragen werden Informationen über Alter, Geschlecht, Familienstatus, Berufstätigkeit, Bildung und politische Einstellung gesammelt.[4] Es ist auch bekannt, ob der Befragte in einer ländlichen Gegend oder einer Stadt lebt. Zudem wissen wir, ob eine Person Arbeitslosigkeit als wichtiges Problem genannt hat, was Rückschlüsse auf die makroökonomischen Präferenzen zulässt. Informationen über das Einkommen werden leider nicht erhoben. Die Arbeitsmarktliteratur zeigt jedoch, dass das Einkommen sehr gut durch Informationen über Alter, Geschlecht, Bildung und Berufsgruppe abgebildet werden kann, also Variablen, die bereits in das zu schätzende Modell aufgenommen werden.

Die Ergebnisse des vollständigen Modells sind in Tabelle 2 dargestellt (*Modell 4*). Hierin wird sichtbar, dass einige der hinzugenommenen Variablen einen signifikanten Einfluss auf die Inflationsaversion haben. So wird Inflation beispielsweise von Männern mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit als ein wichtiges Problem eingeschätzt als von Frauen. Auch Verheiratete und Großstädter haben im Mittel eine geringere Wahrscheinlichkeit, steigende Preise als Problem anzusehen. Obwohl die politische Orientierung der Befragten keinen Einfluss zu haben scheint, haben Personen, die bereits Arbeitslosigkeit als eines der wichtigen Probleme genannt haben, eine geringere Wahrscheinlichkeit, Inflation zu wählen. Es muss jedoch angemerkt werden, dass dieser Zusammenhang zum Teil rein technischer Natur ist, da schlichtweg eine der beiden Antwortmöglichkeiten „belegt“ ist.[5] Die Bildungs- und Berufsvariablen deuten an, dass Personen höherer Einkommen (Manager, Personen mit guter Schulbildung) Inflation weniger fürchten als Personen, die in der Regel weniger verdienen (z. B. Hausfrauen/-männer, Arbeitslose). Die bisherigen Ergebnisse bezüglich der makroökonomischen Variablen haben sich durch die Aufnahme der soziodemographischen Kontrollvariablen qualitativ nicht verändert. Hohe Inflationsraten und niedrige Arbeitslosenquoten erhöhen die Wahrscheinlichkeit, Inflation als Problem wahrzunehmen. Während der Krisenjahre werden Inflation und steigende Preise ebenfalls häufiger als Problemfeld genannt.

Tabelle 2: Einfluss von makro- und mikroökonomischen Größen

Variable	Modell 4	Modell 4 (marginaler Effekt)
Ostdeutschland	1,652***	0,256
Arbeitslosenquote	–0,144***	–0,101
Inflationsrate	0,291***	0,038
Schuldenkrise	0,399*	0,062
Alter (in Jahren)	–0,001	–0,004
Männlich	–0,201***	–0,031
Verheiratet	–0,074*	–0,011
Kleine/mittlere Stadt	0,036	0,006
Große Stadt	–0,138***	–0,021
Politische Orientierung	–0,012	–0,003
Problem: Arbeitslosigkeit	–0,988***	–0,153
Gehobene Tätigkeit	–0,368***	–0,057
Selbstständig	–0,136	–0,021
Sonstige Büroangestellte	–0,12	–0,019
Angestellte ohne Bürotätigkeit	0,043***	0,007
Arbeitslos	0,073	0,011
Rentner	–0,088	–0,014
Student	–0,448***	–0,069
Höhere Bildung	–0,542***	–0,084

Logistische Regression. Beobachtungen: 21.714. Konstante enthalten, aber nicht dargestellt. Erklärende Variable ist eine Dummy-Variable, die anzeigt, ob der Befragte Inflation als wichtiges Problem genannt hat (Dummy = 1) oder nicht (Dummy = 0). Der Referenzwert für die Berufsvariablen ist „Hausfrau/Hausmann“, für die Stadtvariablen „ländliche Gebiete“. *** (**, *) zeigen statistische Signifikanz auf dem 1% (5%, 10%) Niveau an.

Die marginalen Effekte einer Variablen beschreiben den Effekt einer Änderung dieser Variable um X, wobei alle anderen Variablen einen Wert von Y annehmen. Für Dummy-Variablen gilt X = 1 und Y = 0, für alle anderen Variablen gilt X = Standardabweichung und Y = Mittelwert. Die marginalen Effekte werden in Prozentpunkten (0,10 = 10 Prozentpunkte) angegeben.

Quelle: Eigene Berechnungen.

Das Ergebnis, dass Ostdeutsche im Mittel größere Angst vor steigenden Preisen haben, bleibt auch im umfangreichen *Modell 4* erhalten. Trotz der Gegensätze, die es mit Blick auf die Wirtschaftslage und die soziodemographischen Charakteristika zwischen den beiden Regionen gibt, scheint es einen robusten und statistisch signifikanten Unterschied in den Inflationseinstellungen in Ost und West zu geben.

Dabei ist der Unterschied in den Inflationspräferenzen enorm. Die marginalen Effekte, die in der letzten Spalte von Tabelle 2 ausgewiesen werden und eine Quantifizierung der Effektgröße zulassen, zeigen, dass Ostdeutsche unter sonst gleichen Bedingungen im Mittel eine ca. 25 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit haben, Inflation als wichtiges Problem zu nennen. Ausgehend von der Tatsache, dass Inflation im Durchschnitt mit 20-pro-

zentiger Wahrscheinlichkeit als Antwort genannt wird, schätzen Ostdeutsche steigende Preise somit mit mehr als der doppelten Wahrscheinlichkeit als wichtiges nationales Problem ein.

Inflationserfahrungen in Ost- und Westdeutschland

Warum ist die Angst vor Inflation in Ostdeutschland so viel stärker ausgeprägt als in Westdeutschland? Ein möglicher Erklärungsansatz liegt in der Rolle persönlicher Erfahrungen und Erlebnisse. Neuere Forschungsarbeiten zeigen, dass Präferenzen und Einstellungen maßgeblich von den wirtschaftlichen, politischen und institutionellen Rahmenbedingungen abhängen, innerhalb welcher diese geformt werden [Voors et al. (2012), Malmendier und Nagel (2011)]. Über politische Prozesse (z. B. Wahlen) übersetzen sich die Einstellungen der Bürger und Wähler wiederum in konkrete politische Entscheidungen und beeinflussen das institutionelle Umfeld. Wie in Abbildung 2 dargestellt, sind die Inflationspräferenzen also nicht fix, sondern ergeben sich in einem Wechselspiel aus erlebter Inflation (Erfahrungen), dem institutionellen Umfeld und politischen Entscheidungen [vgl. Hayo (1998)].

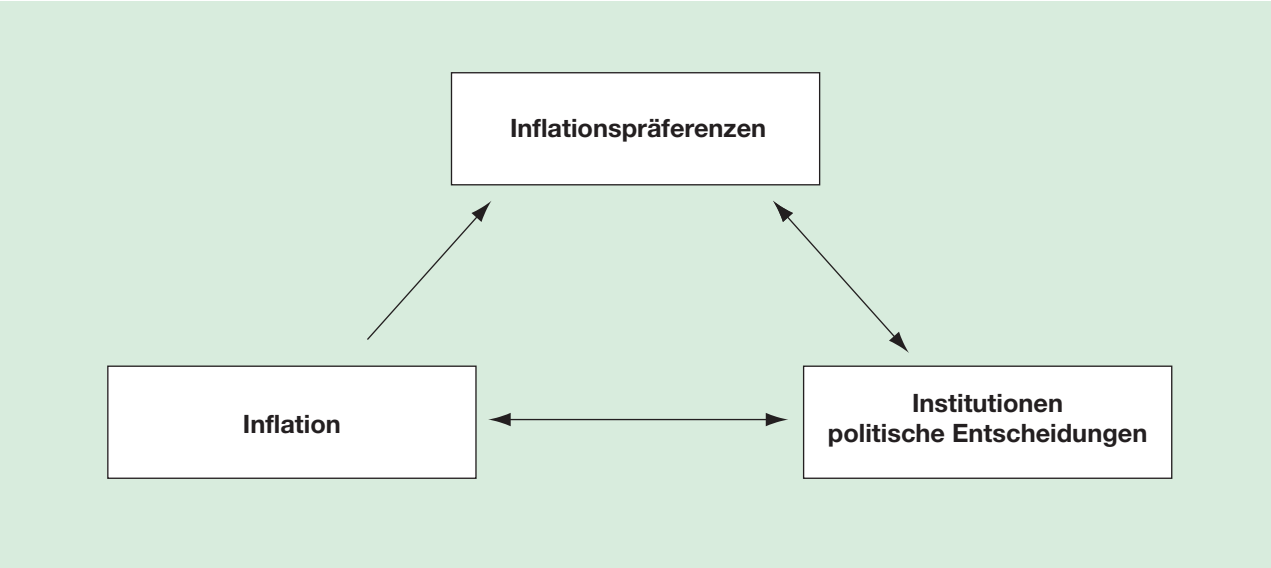
In diesem Sinne werden die Hyperinflation zu Zeiten der Weimarer Republik sowie die weitgehende Enteignung durch die Währungsreformen von 1948 häufig als Ursachen für die Inflationsängste der Deutschen genannt [Ehrmann und Tzamourani (2012)]. Diese Erfahrungen wurden aber in allen Teilen Deutschlands gemacht und können daher nicht der Grund für die dargestellten Ost-West-Unterschiede sein. Die Erklärung muss in der Zeit zwischen 1948/49 und der Wiedervereinigung gesucht werden.

Die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die durch die Teilung Deutschlands entstanden sind, konnten unterschiedlicher kaum sein. Während sich in Westdeutschland eine soziale Marktwirtschaft entwickelte, wurde in der DDR eine sozialistische Planwirtschaft nach sowjetischem Vorbild installiert. Und während die Preise im Westen mehr und mehr den Kräften von Angebot und Nachfrage überlassen wurden, setzte die ostdeutsche Regierung eine rigide, staatliche Preispolitik durch, wie es sie im Grunde bereits seit dem 1936 eingeführten Lohn- und Preisstopp gab.

Gleichzeitig wurde in Westdeutschland mit der Bank deutscher Länder, der Vorgängerin der Bundesbank, eine der unabhängigsten Zentralbanken der Welt gegründet; eine deutliche Reaktion auf die vorangegangenen Erfahrungen. Die Bundesbank war überaus erfolgreich und lieferte später die Blaupause für die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank. Im Gegensatz dazu wurde die Deutsche Notenbank der DDR mehr oder weniger durch die Regierung kontrolliert, sodass von einer unabhängigen Zentralbank keine Rede sein konnte.

Insbesondere entstanden im getrennten Deutschland sehr unterschiedliche Inflationshistorien. In Westdeutschland sind die Preise infolge der Währungsreform im ersten halben Jahr um 14 % gestiegen; eine Folge der bis dahin aufgestauten Inflation. Nach einem anschließenden Rückgang der Verbraucherpreise gab es 1951 erneut eine Inflation von 10 %. Erst mit dem Wirtschaftswunder der 1950er Jahre stabilisierte sich die Währung,

Abbildung 2: Der Einfluss von Erfahrungen und Institutionen auf die Entwicklung von Inflationspräferenzen



Quelle: Eigene Darstellung.

die Rufe nach Preiskontrollen wurden leiser und die Akzeptanz der Marktwirtschaft stieg. Nach dieser Übergangsphase blieb die Inflationsrate weitestgehend niedrig. Zwischen 1956 und 1990 stiegen die Preise um durchschnittlich 3,2 % – eine im Vergleich zu anderen Ländern hervorragende Bilanz (vgl. Abb. 3).

Die höchsten jährlichen Inflationsraten von bis zu 7 % verzeichnete die Bundesrepublik im Rahmen der beiden Ölkrisen, während derer das Preisniveau in anderen Industrieländern zum Teil zweistellig wuchs.

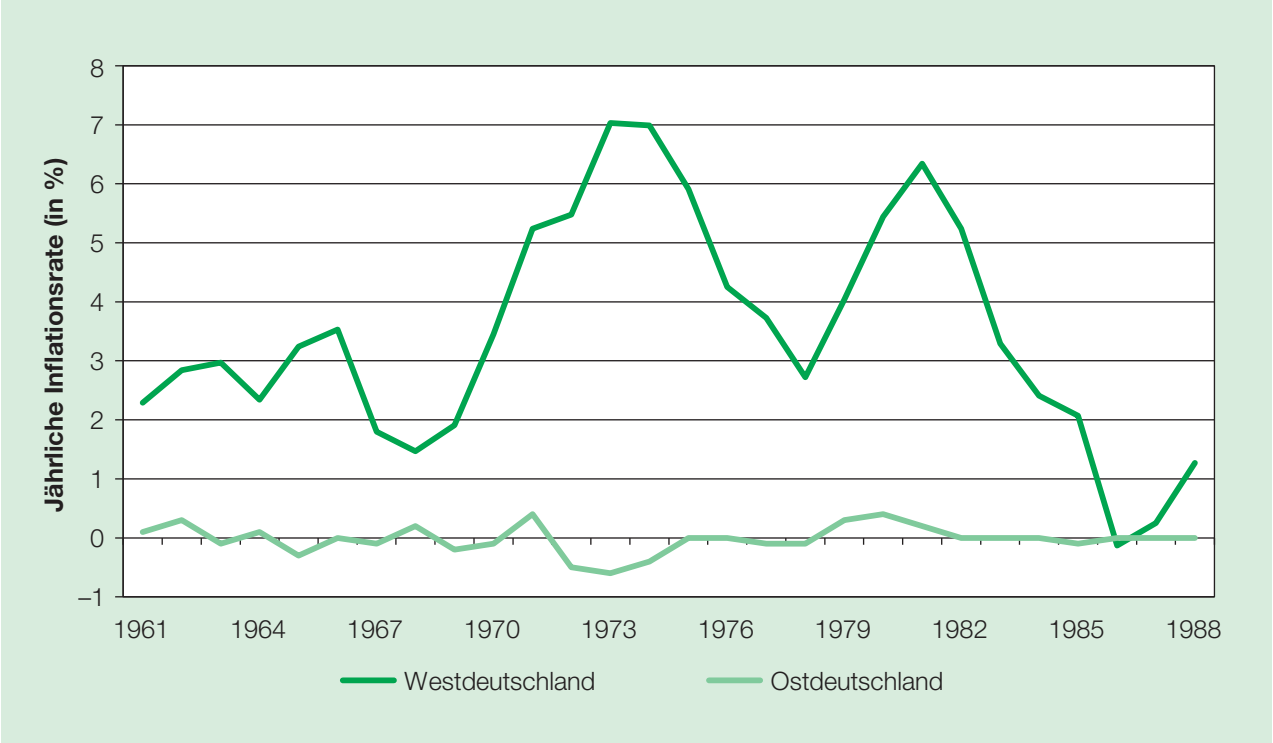
Im Gegensatz dazu lag die Inflationsrate in der DDR ungefähr bei null Prozent.[6] Wie in vielen sozialistisch geprägten Ländern, stellten stabile und niedrige Preise ein zentrales politisches Ziel dar und wurden auch als solches propagiert. Gleichzeitig entsprachen stabile Verbraucherpreise auch den Erwartungen der Bürger. Laut Schevardo (2006, S. 238) schien der Bevölkerung „[d]er Schutz vor höheren Preisen … teilweise wichtiger … als die ‚Freiheit' des Konsums".

Die Preise in der DDR wurden anfangs durch verschiedene Behörden und seit 1965 durch das Amt für Preise festgesetzt, welches dem Ministerrat direkt untergeordnet war. Nachdem die Verbraucherpreise in den zehn Jahren nach 1950 um ungefähr die Hälfte zurückgingen, blieben sie in der Folgezeit nahezu konstant. Zwischen 1960 und 1968 stiegen die Preise pro Jahr um durchschnittlich 0,3 %. In den folgenden 20 Jahren fiel der Index der Einzelhandelsverkaufspreise wieder von 100 (1970) auf 99,4 (1988).[7]

Die Preise vieler Waren blieben im Osten über viele Jahre unverändert – fünf Kilogramm Kartoffeln kosteten von 1965 bis 1988 konstante 0,65 Mark – und es ist daher auch nicht besonders überraschend, dass sich viele Bewohner der ehemaligen DDR bis heute an die Preise verschiedener Güter erinnern. Hinzu kam, dass die Ausgaben für Grundbedürfnisse, z. B. für Nahrungsmittel und Mieten, lediglich einen sehr geringen Anteil an den gesamten Haushaltsausgaben ausmachten. Insgesamt zeichneten sich die Inflationserfahrungen in Ostdeutschland vor allem durch stabile und niedrige Konsumentenpreise aus.

Mit dem Mauerfall endete das planwirtschaftliche Experiment. Mit Blick auf die Inflationserfahrungen war der Zusammenbruch der DDR für die Ostdeutschen – nach 1923 und 1948 – mit einer weiteren Währungsreform verbunden. Durch die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion wurden im Juli 1990 sämtliche Löhne, Gehälter, Renten und Mieten im Verhältnis 1 : 1 umgestellt. Für Bargeld und Sparguthaben galt dieser Umtauschkurs jedoch nur begrenzt. Oberhalb bestimmter, altersabhängiger Grenzen wurde die Ost-Mark nur im Verhältnis 2 : 1 gegen die D-Mark getauscht. Das Geldvermögen eines 30-Jährigen mit einem Bargeldbestand von 10.000 Mark, beispielsweise, verlor auf diese Weise auf einen Schlag 30 % seines Wertes.[8]

Abbildung 3: Inflation in Ost- und Westdeutschland, 1961–1988



Quellen: OECD, Statistisches Jahrbuch der DDR, eigene Darstellung.

Hinzu kam, dass die Ostdeutschen nach dem Übergang zur Marktwirtschaft mit einem Inflationsschock konfrontiert wurden. Die Verbraucherpreise stiegen in den Jahren nach der Wiedervereinigung zunächst überdurchschnittlich stark. Zwischen Januar 1991 und Januar 1992 erhöhte sich das gesamtdeutsche Preisniveau um 5,7 %. 1992 lag die Inflationsrate bei 5,1 % und im Jahr darauf bei 4,5 %. Mieten und die Preise für Wasser und Strom, die in der DDR sehr stark subventioniert wurden, stiegen 1991 sogar um fast 8,9 %. Diese Preisanstiege standen im krassen Gegensatz zu den bisherigen Erfahrungen in Ostdeutschland.

Inflationsangst in Ostdeutschland – ein Erbe der DDR

Vor dem Hintergrund dieser Vergangenheit sind die vorgestellten Ergebnisse überaus plausibel. Während Westdeutsche über 50 Jahre lang gelernt und akzeptiert haben, mit dem überschaubaren Übel einer niedrigen Inflation zu leben, wurde in der ehemaligen DDR das Mantra der Preisstabilität gepredigt. Zusammen mit der deutsch-deutschen Währungsreform und dem Inflationsschock der frühen 1990er Jahre hat sich in Ostdeutschland auf diese Weise ein hohes Maß an Inflationsangst entwickelt, die sich bis heute in Umfragen widerspiegelt.

Die Ergebnisse bestätigen die Hypothese, dass Einstellungen und Präferenzen stark durch das institutionelle, wirtschaftliche und politische Umfeld geprägt werden, in welchem diese geformt wurden. Unsere Resultate stehen zudem im Einklang mit verwandten Studien, die ebenfalls zeigen, dass Einstellungen und Werte durch die Erfahrungen in der DDR nachhaltig beeinflusst werden [vgl. Alesina und Fuchs-Schündeln (2007), Ockenfels und Weimann (1999) sowie Brosig-Koch et al. (2011)].

Literatur

Alesina, A. und N. Fuchs-Schündeln (2007): Good-Bye Lenin (or Not)? The Effect of Communism on People's Preferences, American Economic Review 97 (4), S. 1507–1528.

Brosig-Koch, J., Helbach, C., Ockenfels, A. und J. Weimann (2011): Still Different After All These Years. Solidarity Behavior in East and West Germany, Journal of Public Economics 95 (11–12), S. 1373–1376.

Ehrmann, M. und P. Tzamourani (2012): Memories of High Inflation, European Journal of Political Economy 28 (2), S. 174–191.

Hayo, B. (1998): Inflation Culture, Central Bank Independence and Price Stability, European Journal of Political Economy 14 (2), S. 241–263.

Jayadev, A. (2006): Differing Preferences between Anti-Inflation and Anti-Unemployment Policy Among the Rich and the Poor, Economics Letters 91 (1), S. 67–71.

Malmendier, U. und S. Nagel (2011): Depression Babies. Do Macroeconomic Experiences Affect Risk Taking?, The Quarterly Journal of Economics 126 (1), S. 373–416.

Ockenfels, A. und J. Weimann (1999): Types and Patterns. An Experimental East-West-German Comparison of Cooperation and Solidarity, Journal of Public Economics 71 (2), S. 275–287.

Schevardo, J. (2006): Vom Wert des Notwendigen. Preispolitik und Lebensstandard in der DDR der fünfziger Jahre, Franz Steiner, Stuttgart.

Scheve, K. (2004): Public Inflation Aversion and the Political Economy of Macroeconomic Policymaking, Industrial Organization 58 (1), S. 1–34.

Stock, J. H. und M. W. Watson (2007): Introduction to Econometrics, Pearson, Boston u. a.

Voors, M. J., Nillesen, E. E. M., Verwimp, P., Bulte, E. H., Lensink, R. und D. P. Van Soest (2012): Violent Conflict and Behavior. A Field Experiment in Burundi, American Economic Review 102 (2), S. 941–964.

1 *Die weiteren Antwortkategorien lauten: Kriminalität, Verteidigung/Außenpolitik, Wohnungsbau, Einwanderung, Gesundheitssystem, Bildungssystem, Renten, Umwelt, Energie. Im Herbst 2002 war diese Frage nicht Bestandteil der Befragung.*

2 *Eine Beschreibung dieses Verfahrens findet man in fast allen gängigen Ökonometrie-Lehrbüchern, z. B. Stock und Watson (2007).*

3 *Das Startjahr 2008 ist mehr oder weniger willkürlich festgelegt. In Testregressionen hat sich jedoch gezeigt, dass sich die Ergebnisse nicht ändern, wenn wir die Definition des Krisen-Dummy variieren.*

4 *Bezüglich des Familienstands ist bekannt, ob eine Person verheiratet ist oder nicht. Berufstätigkeit umschreibt den Beruf der Person (8 Gruppen inkl. Rentner, Studenten und Arbeitslosen). Bezüglich der Bildung ist bekannt, in welchem Alter die Schul- bzw. Universitätsbildung beendet wurde. Für Personen, die bei ihrem Abschluss älter als 20 Jahre alt waren, wird ein höherer Bildungsstand angenommen. Die politische Einstellung wird von dem Befragten auf einer Skala von 1 (links) bis 10 (rechts) angegeben.*

5 *Selbst Personen, die zufällig aus der Liste möglicher wichtiger Probleme wählen, hätten eine geringere Wahrscheinlichkeit, Inflation zu nennen. Bei 15 Items beträgt die Wahrscheinlichkeit, Inflation zu wählen, 13,8 %. Wenn bereits ein Slot „belegt" ist, wird Inflation mit einer Wahrscheinlichkeit von 7,1 % gewählt. Dies ergibt eine technisch bedingte Differenz von 6,7 Prozentpunkten. Wenn nur 5 der 15 Items als wichtig angesehen werden, aber immer noch zufällig gewählt wird, beträgt die technisch bedingte Differenz bereits 25 Prozentpunkte.*

6 *Obwohl die offizielle Inflationsrate der DDR bei nahezu null Prozent lag, gab es Versuche, sogenannte versteckte oder unterdrückte Inflation zu messen. Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass diese Art der indirekten Inflation mit dem übereinstimmt, was die meisten Befragten mit dem Begriff Inflation assoziieren, nämlich steigende Preise.*

7 *Vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR (verschiedene Jahrgänge). Online verfügbar unter: http://www.digizeitschriften.de/dms/toc/?IDDOC=555819.*

8 *Die Grenze, bis zu der 1 : 1 getauscht wurde, lag bei 4.000 Mark. Die darüber hinausgehenden 6.000 Mark wurden gegen 3.000 D-Mark getauscht, sodass die 10.000 Mark insgesamt in 7.000 D-Mark getauscht werden konnten.*